



Krawalle Linksautonomer in Hamburg 2010

EXTREMISMUS

Verfassungsschutz warnt vor linker Militanz

Die Verfassungsschutzbehörden warnen vor einer wiedererstarkten militanten linken Bewegung. „Die Sicherheitslage hat sich merklich verschärft“, heißt es in einem von den Verfassungsschutzämtern von Bund und Ländern erstellten geheimen „Lagebild gewaltorientierter Linksextremismus“. Die Zahl der als gewaltorientiert eingestuften Personen sei zwischen 2005 und 2010 um über 20 Prozent gewachsen und liege erstmals bei 6800, so das „VS – Vertraulich“ eingestufte Lagebild. Demnach haben Linksradikale im ersten Quartal 2011 deutlich mehr Delikte begangen als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die Verfassungsschützer machen die Aktionen gegen das G-8-Treffen in Heiligendamm 2007 als Beginn der Eskalation aus. Die globalisierungskritischen Proteste seien eine „Zäsur in der Entwicklung des deutschen Linksextremismus“ gewesen. Die Vernetzung von neuentstehenden „Autonomen Vollversammlungen“ könne „zum Zukunftsmodell“ werden. Sorgen bereitet den Geheimdiensten auch, dass es der militanten Linken gelungen sei, über das eigene Milieu hinaus attraktiv zu werden. Die Ge-

walt reiche „längst über das linksextremistische Kernspektrum in gewaltgeneigte, weniger ideologisch gefestigte oder anpolitisierte Bereiche der erlebnisorientierten Jugendkultur hinein“. Allerdings sehen die Verfassungsschutzbehörden trotz der hohen Deliktzahlen „weder in ihrer Gesamtheit noch in Form herausragender Einzeltaten eine terroristische Dimension“. Sie widersprechen damit indirekt der Bewertung der Bundesanwaltschaft, die mehrere Ermittlungsverfahren übernommen hatte. Derzeit führt der Verfassungsschutz in der neu eingerichteten Datei „Gewaltbereite Linksextremisten“ 767 Personen. Eine soziologische Auswertung der Daten ergibt, dass es sich bei den aktiven militanten Autonomen um eine sehr junge Bewegung handelt. Die meisten erfassten Aktivisten sind jünger als 26 Jahre (65 Prozent) und überwiegend Männer (84 Prozent). Die Verfassungsschutzbehörden haben die Überwachung der Szene, etwa durch V-Leute, in den vergangenen Monaten erheblich ausgeweitet und wollen nun eine Übersicht über Anschlagziele und die Wohnorte von Verdächtigen erstellen.



BUNDESWEHR

Geschrumpftes Heer

Unter die symbolische Schwelle von 60 000 Soldaten lässt die von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) eingeleitete Bundeswehrreform das deutsche Heer schrumpfen. Nach dem jüngsten Entwurf der „Weisung zur Ausplanung der Streitkräfte“

von Generalinspekteur Volker Wierer sollen künftig dem Heer 55 850 (derzeit 79 300), der Luftwaffe 21 800 (derzeit 37 660) und der Marine 12 500 (derzeit 16 600) Soldaten zur Verfügung stehen. Die Streitkräftebasis, das Unterstützungs-Rückgrat der Bundeswehr, kann mit 37 300 und der Sanitätsdienst mit 13 750 Soldaten rechnen. Nicht enthalten sind allerdings etwa Stellen für die Fortbildung von Solda-

ten und weitere im Ministerium sowie in Sportförderkompanien. Nach den Vorgaben von de Maizière soll die Bundeswehr künftig 170 000 Zeit- und Berufssoldaten sowie voraussichtlich 5000 freiwillige Kurzdiener umfassen. Auf Druck aus der Truppe und der Koalition kommen außerdem 2500 Stellen für Reservisten hinzu; de Maizière wollte diese Posten ursprünglich in den 170 000 enthalten wissen.